

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 4 Jahrgang 2017

8. März 2017

GETEX-Übung 2017 – Polizei, Bundeswehr und Verwaltungsstab üben gemeinsam

(ID) GETEX 2017 - so der Übungsname der gemeinsamen Stabsrahmenübung zur Zusammenarbeit von Bundes- und Landesbehörden mit der Bundeswehr im Falle einer terroristischen Großlage. Im Mittelpunkt der Lage standen polizeiliche Aufgaben, die ein Zusammenspiel zwischen den Ländern und dem Bund erforderlich machen.

Neben den Bundesländern Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein beteiligte sich Baden-Württemberg an der Übung mit dem Bund, vertreten durch das Bundesinnenministerium und das Bundesverteidigungsministerium, am 7. und 8. März. Übungsgegenstand war insbesondere das Zusammenspiel der Stäbe und deren Kommunikation untereinander. Das Übungsszenario

beinhaltete terroristische Anschläge in den an der Übung beteiligten Bundesländern. Baden-Württemberg war im Rahmen der konkreten bundesweiten Bedrohungslage bei der Übung von Anschlägen auf die Trinkwasserversorgung und einer Geiselnahme in einem fiktiven Konsulat betroffen.

In Baden-Württemberg waren in die Übung eingebunden: das Innenministerium mit dem Verwaltungsstab und dem Führungsstab der Polizei im Landespolizeipräsidium, der Führungsstab beim Polizeipräsidium Stuttgart, das Polizeipräsidium (PP) Einsatz, das PP Karlsruhe, das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und das Landeskommmando Baden-Württemberg der Bundeswehr. Neben der Klärung interessanter rechtlicher Fragestellungen, in welchen Fällen die Bundeswehr den zivilen Sicherheitsbehörden Unterstützung leisten kann, nutzte das Innenministerium die Gelegenheit, erstmals über mehrere Tage das Zusammenwir-

ken des Verwaltungsstabes unter Leitung von Staatssekretär Martin Jäger mit dem operativ geforderten Polizeiführungsstab im Innenministerium zu üben. Besonderen Charme bekam die GETEX durch die Mitwirkung des gleichzeitig übenden Stabes des Landeskommandos Baden-Württemberg.

Wie bei mehreren Einsätzen, insbesondere in der Flüchtlingskrise, bereits bestens bewährt, laufen Anforderungen des zivilen Bereiches an die Bundeswehr über den Verwaltungsstab im Innenministerium. Hierzu entsendet das Landeskommando Offiziere in den Verwaltungsstab. Diese beraten und leiten die Anforderungen aus dem Land in den Bundeswehrebereich weiter. Dieses System hat sich nun auch im Zusammenspiel bei Anforderungen aus dem Polizeiführungsstab über den Verwaltungsstab zum Landeskommmando und von dort in das Bundesverteidigungsministerium bewährt. Die übenden Akteure empfanden den

Jetzt den Infodienst abonnieren und in die Mailingliste eintragen unter: <https://www.lfs-bw.de>. Der Nachdruck mit ID gekennzeichnete Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

Impressum

Herausgeber:
Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:
Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
Michael Willms, Sabine Fohler, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:
Rüdiger Felber

Quellen:
Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.



Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Innenminister Thomas Strobl informieren sich über den aktuellen Stand der Lage.





Der Interministerielle Verwaltungsstab tagte unter Vorsitz von Staatssekretär Martin Jäger, Bildmitte

Besuch der Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, an der Seite des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, als besonderen Ausdruck der Wertschätzung. Nach dem Empfang bei Innenminister Thomas Strobl machte sich die Bundesverteidigungsministerin ein Bild von der Arbeit der Stäbe im Innenministerium und suchte das Gespräch mit den Stabsmitgliedern.

Thomas Strobl unterstrich die Notwen-

digkeit und Bedeutung des ständigen Übens der Kommunikationsstränge. Das Krisenszenario in Baden-Württemberg habe gezeigt, dass Polizei und Bevölkerungsschutz hervorragend aufgestellt seien. Trotzdem könne das Land in eine Lage kommen, in der die Polizei auf die Unter-

stützung der Bundeswehr angewiesen sei. Der Angriff auf die Infrastruktur, wie hier die Trinkwasserversorgung, sei sehr personalintensiv – in einem solchen Fall brauche die Polizei die

„Nur wenn wir das Undenkbare denken, können wir uns bestmöglich vorbereiten.“

Innenminister Thomas Strobl

Bundeswehr zur Unterstützung beim Objektschutz, bei Sicherheits- und Überwachungsaufgaben.



Lagebesprechung im Lagerraum

Die Vorbereitungen für den Umzug laufen an

Aktuelles vom Neubau der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg

(ID) Nach gut zweieinhalbjähriger Bauphase auf dem Gelände der bisherigen Feuerwehr-Übungsanlage der Landesfeuerwehrschule (LFS) ist es nun soweit: Die drei neu errichteten Gebäude sind ab dem 10. April bezugsfertig.

Während der Osterferien werden die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LFS, Möbelpacker und IT-Fachkräfte beim großen Umzug helfen, feuerwehertechnisches Gerät sowie Inventar umziehen und die komplette EDV neu aufbauen.

In diesem Zeitraum werden sich auch alle LFS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren neuen Arbeitsplätzen vertraut machen und beispielsweise in der Bedienung der Medien- und Haus-technik unterweisen.

Auf Grund der neuen

Räumlichkeiten sind alle Abläufe und Prozesse auf den Prüfstand gestellt und - wo notwendig - den neuen Begebenheiten angepasst worden.

Eine ausführliche Vorstellung der neuen LFS folgt ebenso wie die derzeit in Abstimmung befindlichen Termine für die offizielle Einweihung und den Tag der offenen Tür.

Viele Bilder, die Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer der LFS geschenkt haben, werden archiviert. Soweit Lehrgänge diese Erinnerungsstücke stattdessen zurücknehmen möchten, bitten wir um Kontaktaufnahme mit der Landesfeuerwehrschule unter: poststelle@fws.bwl.de

Unter der Rubrik „Neubau“ finden Sie auf der Internetseite der Landesfeuerwehrschule viele Bilder vom Baufortschritt: <https://www.lfs-bw.de/ihrlandesfeuerwehrschule/neubau/Seiten/gebäude1.aspx>



Blick auf das Neubaugebiet. Bild im Bild: Die ersten Umzugskartons sind gepackt.



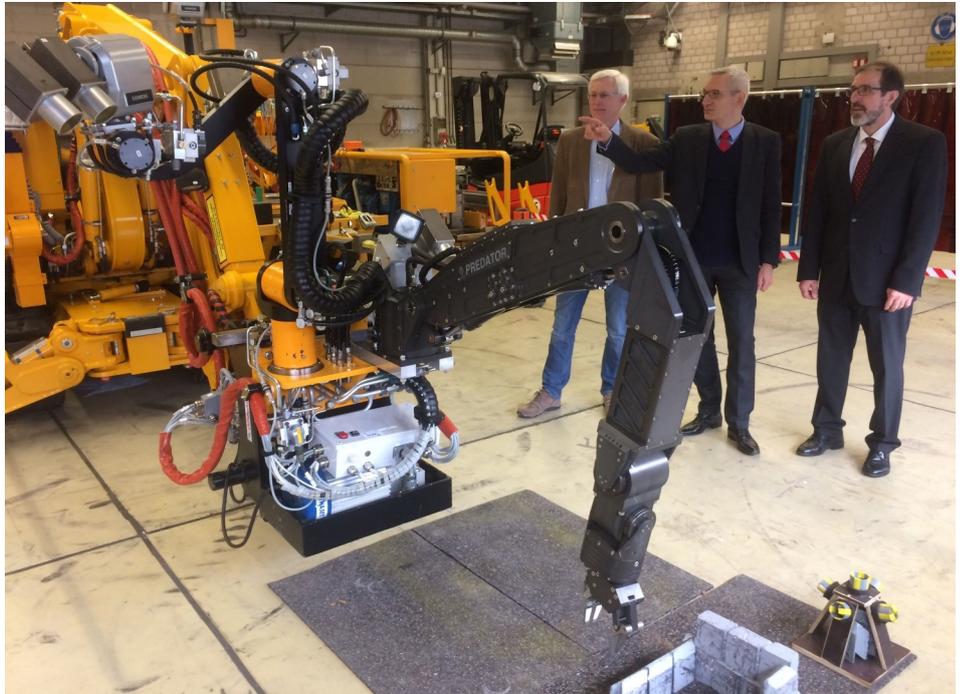
Bei der "FEUERWEHR" der Betreiber kerntechnischer Anlagen Im Dialog mit der Kerntechnischen Hilfsdienst GmbH (KHG) in Karlsruhe

(ID) Was in Karlsruhe unscheinbar neben dem Gelände des KIT - Campus Nord beheimatet ist, ist deutschlandweit eine der wichtigsten Einrichtungen für die Gefahrenabwehr in kerntechnischen Anlagen: die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH. Bei ihr stehen unter Leitung von Geschäftsführer Walter Sturz und Betriebsleiter Dr.-Ing. Michael Gustmann 25 Spezialistinnen und Spezialisten rund um die Uhr für einen hoffentlich nie eintretenden Störfall bereit.

Die Betreiber kerntechnischer Anlagen haben technische und personelle Vorsorge getroffen, um beim Störfall die betroffene Anlage zu stabilisieren, die Ursache zu analysieren und die Folgen zu beseitigen. Unter anderem unterhalten und finanzieren sie hierzu mit der KHG eine bundesweit einmalige operative Eingreiftruppe - quasi die "Feuerwehr des Strahlenschutzes". Die KHG wurde 1977 als Nachfolgeeinrich-



Verschiedene Manipulatoren der KHG



von links: Dr.-Ing. Michael Gustmann, Staatssekretär Martin Jäger und Geschäftsführer Walter Sturz vor dem neuesten Manipulator

tung des damaligen Kerntechnischen Hilfszuges am Kernforschungszentrum Karlsruhe gegründet.

Dass die KHG ihren Sitz in Baden-Württemberg hat, ist auch für die alltägliche Gefahrenabwehr von Vorteil. Bei Schadenlagen mit radioaktiven Stoffen stehen die Fachleute des KHG mit ihren Spezialkenntnissen und ihrer

Ausrüstung auch außerhalb ihres originären Aufgabenbereiches den zuständigen Behörden jederzeit zur Verfügung.

Staatssekretär Martin Jäger zeigte sich bei seinem Besuch vor Ort von der Leistungsbereitschaft und der Einsatzfähigkeit der KHG überzeugt. "Man kann das große Engagement

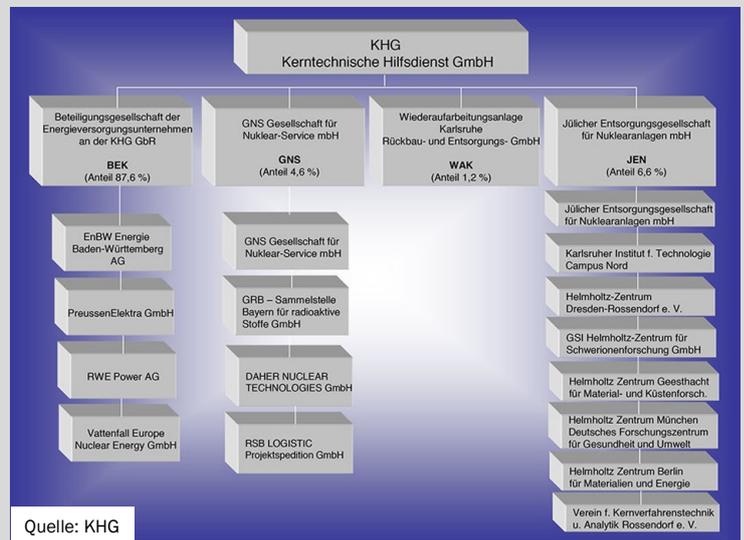
und die hohe Leistungsfähigkeit dieser Spezialtruppe förmlich greifen", so der Staatssekretär. Gemeinsam mit dem Abteilungsleiter für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement, Hermann Schröder, konnte er im Dialog mit den Verantwortlichen wichtige Erkenntnisse für die Gefahrenabwehr gewinnen.

Fakten zur Kerntechnischen Hilfsdienst GmbH

Aufgaben:

- Strahlenschutzmessungen innerhalb und außerhalb der Anlage
- Strahlenschutzüberwachung von Personal, insbesondere Einsatzpersonal
- Bergen von radioaktivem Material sowie Inspektionen und Arbeiten an Orten höchster Dosisleistung mit fernbedienten Manipulatorfahrzeugen
- Dekontamination von Personal, Geräten und Räumen
- Abluftfilterung mit mobilen Anlagen
- Übernahme von leicht radioaktivem Abwasser
- Ausrüsten von Einsatzpersonal mit Schutzkleidung und Atemschutz

Weitere Infos unter: <http://www.khgbmh.de/company>



Quelle: KHG



Wo steht der Größte?

Wer es nicht wusste, der kann sich bald ...

... an der Landesfeuerweherschule in Bruchsal auf diesen Riesen-Hydranten stellen. Genau dort, wo auf unserem Foto der Leiter der Landesfeuerweherschule, Thomas Egelhaaf (li.), mit Kollegen aus der Abteilung 6 steht.

Die 20fach überdimensionierte Straßenkappe des Hydranten ist die jüngste von dann mittlerweile drei Skulpturen an der Landesfeuerweherschule. 12.000 Kilogramm wiegen die 20 Millimeter starken Stahlplatten, die vom

Würzburger Künstler und Architekten Matthias Braun zur Skulptur geformt wurden. Braun möchte dem oft übersehenen und unterschätzten Objekt, das für die Sicherheit der Menschen bei einem Brand aber essentiell ist, die ihm gebührende Bedeutung zukommen lassen. Die umgebende Fläche wird durch die Skulptur zum "Platz des Unterflurhydranten". Das Kunstobjekt zielt die Außenfläche vor dem neuen Lehrsaal- und Bürogebäude.



Mittelstandspreis für soziale Verantwortung - Jetzt bewerben!

Bewerbungsschluss ist der 31. März 2017

(ID) Seit 2007 zeichnen die Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau in Baden-Württemberg mit dem „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg“ – Leistung, Engagement, Anerkennung (Lea) jährlich kleine und mittlere Unternehmen aus, die sich in vorbildlicher Weise gesellschaftlich engagieren.

Baden-württembergische Unternehmen mit maximal 500 Vollzeitbeschäftigten, die mit einem Wohlfahrtsverband, Verein, einer Initiative oder Einrichtung ein Kooperationsprojekt umsetzen, sind eingeladen, sich um den Lea-Löwen zu bewerben.

Gefördert werden sozial orientierte Projekte. Viele unsere Hilfsorganisationen, Feuerwehren und THW- Ortsverbände führen zusätzlich zu ihrer eigentlichen Aufgabe im Bevölkerungsschutz soziale Projekte durch. Sollten Sie dabei von einem Unternehmen unterstützt werden, sollten Sie sich die Ausschreibung genauer anschauen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.csr-bw.de.

Auszeichnung ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber – Anmeldung bis 30. April 2017

(ID) Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hat auch dieses Jahr wieder die Hilfsorganisationen, die Feuerwehren und das THW dazu aufgerufen, sich an der Aktion zur Auszeichnung „**Ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz**“ zu beteiligen. Dabei wird der Minister private Arbeitgeber auszeichnen, die das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bevölkerungsschutz in besonderer Weise unterstützen. Im letzten Jahr wurden 29 Auszeichnungen bei einer Feierstunde durch Minister

Thomas Strobl überreicht. Dabei war die ganze Bandbreite der im Land ansässigen Arbeitgeber vertreten, vom kleinen Handwerksbetrieb bis zum Weltmarktführer. Die durchweg positiven Reaktionen zeigen, dass mit dieser Auszeichnung eine gute Möglichkeit geschaffen wurde, die Öffentlich-

keit darauf aufmerksam zu machen, wie sehr ehrenamtliches Engagement geachtet und wertgeschätzt wird.

Vorschläge für die Auszeichnung können bis zum 30. April 2017 eingereicht werden. Näheres zum Antragsverfahren und zu den Vorschlagsberechtigten erfahren Sie auf der Homepage des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration (Katastrophenschutz / Fachthemen). Dort können Sie auch das Antragsformular herunterladen. Über eine rege Beteiligung würden wir uns sehr freuen.



Landeskonzept Dekontaminationsplatz-Verletzte in Kraft

(ID) Das Innenministerium hat am 28. Februar 2017 ein neues Landeskonzept Dekontaminationsplatz-Verletzte 50 (Dekon-V Platz 50 BaWü) in Kraft gesetzt. Das Konzept war zuvor unter Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe von einer landesweiten Arbeitsgruppe entwickelt worden.

Das Konzept berücksichtigt sowohl regional in Baden-Württemberg bereits vorhandene Dekontaminationskonzepte als auch bundesweite Vorgaben sowie die FwDV 500.

Ein durch die Freisetzung von ABC-Gefahrstoffen verursachter Massenanfall von kontaminierten und verletzten Personen ist eine Einsatzlage, bei der oft externe Unterstützung benötigt wird. Mit dem Dekon-V Platz 50 BaWü wird die hierzu erforderliche konzeptionelle Grundlage gelegt, die das bereits bestehende Konzept für die Einsatzplanung und Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten oder Erkrankten im Katastrophenschutz (ManV-Konzept) wirkungsvoll ergänzt.

Nach dem Konzept werden die kontaminierten, verletzten Personen aus dem Gefahrenbereich kommend über einen Verletztendekontaminationsplatz unter Berücksichtigung lebenserhaltender Basismaßnahmen einem



Dekontaminationsübung der Feuerwehren Heidelberg, Ladenburg, Hemsbach und Neckarbischofsheim gemeinsam mit der DRK-Einsatzinheit aus Heidelberg im Januar 2017

daran anschließenden Behandlungskonzept (z. B. Behandlungsplatz) zugeführt. Das Konzept steht ab sofort auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule zum Download bereit.

<https://www.lfs-bw.de/meldungen/aktuelles/Seiten/Meldung.aspx?rid=111>

Wir haben über die Dekontamination Verletzter auch im Infodienst 1-2017 / Seite 5 berichtet.

Rauchverbot in Wäldern und Schutz vor Waldbränden

(ID) Seit 1. März bis zum 31. Oktober darf nach Paragraph 41 Waldgesetz wegen der Waldbrandgefahr in allen Wäldern nicht geraucht werden.

Das gesamte Jahr über dürfen im Wald und im Abstand von weniger als 100 Metern davon keine brennenden oder glimmenden Gegenstände weggeworfen oder unvorsichtig gehandhabt werden. Außerhalb von dafür vorgesehenen Plätzen dürfen keine Grill- und Lagerfeuer gemacht werden.

Flaschen und Gläser können in Wäldern und auf Wiesen durch den Brennglaseffekt auch zum Brandstifter werden. Sie haben dort im übrigen sowieso nichts zu suchen.

Achten Sie beim Abstellen von Einsatzfahrzeugen bei Übungen und Einsätzen in Wald und Flur darauf, dass Sie durch heiße Flächen an Kraftfahrzeugen keine Brände entfachen. Fahrzeuge nie auf Wiesen oder Feldern abstel-

len. Immer befestigte Wege oder Parkplätze ohne Grasbewuchs wählen. Fahrzeug dann nie unbeobachtet lassen und beim Wegfahren Standfläche des Fahrzeuges kontrollieren.



Bild: Gold, Freiwillige Feuerwehr Ravensburg

Gut gewarnt ist halb gerettet

Warnung ist ein elementarer Bestandteil des Bevölkerungsschutzes. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat in den vergangenen Jahren und Monaten auf diesem Gebiet Maßstäbe gesetzt, etwa mit dem Ausbau der Auslösetechnik MoWaS und mit der Einführung der Warn-App NINA.

Um Gutes noch besser zu machen, haben sich der Bund und die Länder nun gemeinsam ein neues Projekt zur Optimierung der Warnung in Deutschland vorgenommen. Unter der Leitung des BBK soll eine weitere Verbesserung der Krisenkommunikation zwischen den Gefahrenabwehrbehörden und zur Bevölkerung erreicht werden.

Neu an dem Vorhaben ist, dass nicht nur technische Möglichkeiten ausgelotet werden, sondern dass durchgehend auch Fachleute aus dem Bereich Psychosoziales Krisenmanagement dabei sind. Sie ergänzen die technische Expertise um Erkenntnisse zum Warnbedarf der Bevölkerung.

Für das Projekt stehen in den nächsten drei bis fünf Jahren 14 Millionen Euro zur Verfügung, von denen ein Viertel Bund und Länder übernehmen, 75 Prozent des Geldes stammen aus dem Innere-Sicherheits-Fonds (ISF) der Europäischen Union. (Auszug aus der Pressemitteilung des BBK).

Den Wortlaut der gesamten Pressemitteilung finden Sie unter:

http://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/BBK/DE/2017/PM_Start_Projekt_Warnung_d_Bevoelkerung.html

**NINA kann Leben retten.
Werben Sie dafür, damit NINA
noch bekannter wird.**



Nähere Informationen unter:

<https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/warnung-der-bevoelkerung/>